

Gemeindevertretung Petershagen/Eggersdorf 6. Wahlperiode		BV/070/2020/1
Betreff	Änderungsantrag zum Fördermittelantrag Umgestaltung Bahnhofsvorplatz - Beschluss zur Anzahl der P+R-Stellplätze	
Einbringer	Fraktionsgemeinschaft Verantwortung	
Erstellt am:	30.01.2020	

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Öffentlichkeit
Gemeindevertretung	30.01.2020	öffentlich

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung	
davon anwesend	
Ja-Stimmen	
Nein-Stimmen	
Enthaltungen	
Zahl der nach § 22 der Kommunalverfassung wegen eines Mitwirkungsverbot von der Abstimmung ausgeschlossenen Mitglieder	

Beschlussantrag:

Am Ende des Beschlussantrags werden die Worte „die Erweiterung der P+R-Stellplatzanlage auf insgesamt 84 Pkw-Stellplätze“ ersetzt durch die Worte „den Umbau der P+R-Stellplatzanlage auf maximal 63 Pkw-Stellplätze festzulegen.“

Begründung:

Die derzeitige Planung für die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes sieht 84 PKW-Stellplätze vor. Gegenüber dem derzeitigen Stand soll die Anzahl um acht von 76 auf 84 erhöht werden. Mit dem Änderungsantrag soll die Zahl der PKW-Stellplätze hingegen auf 63 begrenzt werden. Diese Anzahl wurde bei der Errichtung u.a. über eine Förderung durch das LBV finanziert, so dass deren Erhalt gewährleistet werden sollte, um nicht in die Gefahr zu laufen, Fördermittel zurückerstatten zu müssen. Auf eine westliche Erweiterung des Parkplatzes könnte verzichtet werden.

Die Festlegung der PKW-Stellplätze auf 63 wird aus folgenden Gründen verfolgt:

1. Ortsentwicklung

Ziel der Ortsentwicklung sollte es sein die ortstypischen Strukturen aus der Verbindung von Natur- und Baumreichtum mit einem Wohn- und Gewerbeumfeld am Bahnhofsvorplatz sichtbar zu vermitteln und an dieser Stelle ein attraktives Ortszentrum zu entwickeln. Der Bahnhofsvorplatz wird mit dem in der Nähe geplanten Neubau eines weiteren Einkaufsmarktes sowie möglicherweise mittel- bis langfristig mit dem Bau einer Bibliothek und dem Ausbau als Verkehrsknotenpunkt für den ÖPNV als Begegnungsraum für alle Bürgerinnen und Bürger an Bedeutung gewinnen. Hierzu bedarf es den Erhalt von Grünflächen, aber auch den Erhalt von Flächen für die Entwicklung von Räumen, die allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen. Der Vorplatz sollte weiterhin überwiegend durch Natur- und Baumreichtum als Aushängeschild unserer Gemeinde charakterisiert sein. Die Aufstockung auf 84 Pkw-Stellplätze läuft diesem Entwicklungsziel entgegen. Die geplante zusätzliche Versiegelung ist ausschließlich auf die Verlagerung und Ausweitung der Stellplätze zurückzuführen. Die Nutzung des knappen Raums für PKW-Stellplätze kommt weitgehend nur einer begrenzten Zahl von Berufspendlern zu Gute. Diese Stellplätze werden ca. 10 Stunden am Tag genutzt, abends und am Wochenende sind sie meistens ungenutzt. Die knappe Bodenressource sollte vielmehr an einem solch prominenten Ort für eine Nutzung verwendet werden von der alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen profitieren. Da die PKW-Stellplätze erneut überwiegend über Fördermittel finanziert

werden sollen, wäre perspektivisch eine Umwidmung der geschaffenen PKW-Parkplatzflächen immer mit Rückforderungen des Mittelgebers verbunden. Mittel- bis langfristig wäre der Gestaltungsspielraum der Gemeindevertretung dadurch deutlich eingeschränkt.

2. Verkehrssicherheit

Der Umbau des Bahnhofsvorplatzes dient vorrangig dem Ziel den ÖPNV auszubauen. Es wird mit zusätzlichen Busangeboten (höhere Taktzahl und ergänzenden Angeboten wie Rufbussen) gerechnet. Die Folge wird eine Zunahme der Verkehrsdichte durch den ÖPNV sein, die auch beabsichtigt und gewünscht ist. Wird im Gegenzug die Verkehrsbelastung durch den motorisierten Individualverkehr (MIV) an gleicher Stelle nicht reduziert, wird die Verkehrssicherheit gefährdet sein. Insbesondere im Einfahrtsbereich zum P+R-Parkplatz werden unfallträchtige Begegnungszonen zwischen ÖPNV, PKW, Krafträdern sowie dem Fuß- und Radverkehr geschaffen. In einem hohen Maße sind u.a. auch Schülerinnen und Schüler aus dem nördlichen Teil auf ihrem Schulweg aus Perspektive der Verkehrssicherheit gefährdet. Die Festlegung der Pkw-Stellplätze auf ein Mindestmaß (ohne die erhaltene Förderung zu verlieren), erhöht die Verkehrssicherheit aufgrund einer geringeren Verkehrsdichte. Die Kreuzungsverkehre insbesondere zwischen Fußgängern/Radfahrern und PKWs wird soweit wie möglich minimiert. Das Anliegen PKW-Parkmöglichkeiten am Bahnhof zu gewährleisten und Verkehrssicherheit zu garantieren, wird in eine angemessene Balance gebracht.

3. Langfristige Verkehrsplanung

Die Bereitstellung von Pkw-Stellplätzen bewirkt immer auch einen sog. Pull-Effekt. Auf den Pkw wird dann eher als Mobilitätsmittel zurückgegriffen, wenn das Wissen über eine gesicherte und in diesem Fall auch kostenlose Parkmöglichkeit vorhanden ist. Auch dann, wenn andere Verkehrsträger zur Verfügung stehen würden. Um perspektivisch den Umweltverbund aus ÖPNV u.a. mit Rufbussen sowie den Rad- und Fußverkehr zu stärken, sollten verkehrsplanerisch Pull-Effekte unterbleiben. Alternative Angebote können sich nur dann entwickeln, wenn eine entsprechende Nachfrage geschaffen wird. Insbesondere bei einer wachsenden Gemeinde (z.B. durch Entwicklung Gebiet „Alte Gärtnerei“) sollte die Verkehrsbelastung durch den MIV mittels alternative Angebote reduziert werden, da dieser die Hauptquelle für gesundheitsschädliche Emissionen (z.B. Feinstaub, NOx, Lärm, etc.) darstellt.

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt:	
Gesamtplanansatz der Maßnahme:	bisherige Ist-Kosten :
Planansatz laufendes Jahr:	Ist-Kosten laufendes Jahr:
<i>Mittel unter Kostenstelle / Konto:</i>	Maßnahme-Nummer :
<i>Deckungsvermerk:</i>	<input type="checkbox"/> planmäßig <input type="checkbox"/> überplanmäßig <input type="checkbox"/> außerplanmäßig
<i>Hinweise zur Deckung:</i>	